

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Zeitspreis für den Monat (mit Haus 2 RM., halbm. 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 3 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlags: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Büchelstraße 2 / Fernsprechnummer 14 101 / Postfach Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Straße 1 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenspreis: Die neunmal gebundene Monatszeitschrift oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Kleinanzeigen einschließlich an den dreigespaltenen Tagblattenteil 1,20 RM. Anzeigen-Entnahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-L., Welterbahnhofsstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Sonnabend, den 11. September 1926

Nummer 201

Zum Bezirksparteitag Eine Beratung zu entscheidender Arbeit

Die letzten Tagen verließen hier die Vertreter der Ausbeuter. Die Herrin der Industrie, die brutalen Machthaber, die aber dennoch einsteigen mußten, ohne Hilfe der SPD-Führer wäre es nicht gelungen, die Macht zu halten. Ohne den tausendfachen Betrug der sogenannten „berufenen“ Führer an den Arbeiter hätten diese ihre Ketten abgeworfen. Heute und morgen werden sie wieder eine andere Konferenz. Es treten die Vertreter der Macht zusammen, die sich auf die Schulter der Arbeiter zu werfen. Die Vertreter der Revolution, die sich auf dem Kongress des Proletariats gegenüber den Kapitalisten, wie sie die Ausbeutung herrschen können, so werden die Vertreter des revolutionären Proletariats darüber beraten wie sie es vermögen werden, die Ausbeutung zu beenden.

Unter dem Kongress der Industriellen, der einen Abbau der Steuern für die Kapitalisten, der längere Arbeitszeit und Lohnsenkungen forderte, stand die ganze bürgerliche Macht, ja selbst der Staatsapparat, die Minister, die Presse.

Die Tagung hat gegen sich alle Mächte des Kapitals. Das heißt, wir haben den Kongress der Zukunft, zum Aufstieg der herrschenden Klasse, während jene einer untergehenden Klasse angehören, trotz alledem. Die Kapitalisten fühlen ihren Kräfte, sie haben die Klasse nicht mehr die Kraft zu haben, sie zu erziehen ihren Appell an die Verräter. Der Verrat der Sozialisten, Heberländer aus dem Lager der Arbeiter sollen die Kapitalisten weiter helfen, wie sie diesen bisher geholfen haben. „Man kann nicht ohne die Arbeiter regieren“, das behauptet Silberberg, man muß mit den sozialdemokratischen Führern zusammen die Arbeiter an der Leine halten. Man muß die Soldaten mobil machen. Die kapitalistischen Interessen drängen einer gesteigerten Ausbeutung, die Arbeitslosenfrage wird, die Industriellen fürchten die Radikalisierung der Arbeiter, deswegen ein neuer Appell. Aber was dieser Appell an die SPD-Führer notwendig, drängen diese nicht dazu, die Arbeiter zu kommen? In Preußen, in Sachsen, in Hannover „regieren“ sie schon lange mit den Kapitalisten zusammen gegen die Arbeiter. Sie denken nicht daran, einen neuen Appell einzuschleusen, die SPD-Führerschaft ist die Linse des Kapitals zur Verteidigung gegen die Revolution, nicht der Appell an die Arbeiter ein gefährliches Unterfangen für die Kapitalisten wäre. Was bedeutet aber der Appell Silberbergs? Die Kapitalisten verlangen mehr, härteres Eintreten für ihre Interessen, härtere Demagogie gegen die Arbeiter, die Unterstützung Silberbergs soll den Führern der SPD die Möglichkeit zu einem neuen Mandat gegen die Arbeiter geben.

Die SPD-Führer haben sehr gut verstanden; die Antwort des „Barons“, die Antwort der sogenannten „Linken“ sind die besten Zeichen dafür. Ohne Zweifel zeigen sich die „Linken“ nicht als die geschicktesten Betrüger. Ihre Ausführungen in der „Arbeiterstimme“ zeigen, daß sie als Vertreter des Kapitals die Ehren-Heilmann und Wels noch zu überleben gedulden. Das ist für uns einer der wesentlichen Gesichtspunkte für uns gilt es, diese sogenannten „Linken“ den Arbeiter zu zeigen, wie sie in Wirklichkeit sind, nicht wie sie sich den Massen gegenüber geben. Appellierten die Industriellen an die Führer, die Arbeiter, die Arbeiter den wertvollen Massen. Unsere Aufgabe ist es, die Massen von dieser Führung loszulösen, diese Aufgabe wird uns gelingen, dann wird der Appell der Industriellen vergeblich sein, dann werden sie zwar die SPD-Führer, aber nicht die Arbeiter haben.

Gerade für uns in Sachsen sind die Aufgaben schon konkreter. Wir haben hier eine Trennung der sogenannten „Linken“ von den Rechten. Während im ganzen Reich in der SPD die „Linken“ noch in der zweiten Linie stehen, sind sie hier in der vorberste Front gerückt. Dieses Vordrücken gerade hier ist nicht nur ungefähr. Hier in Sachsen, dem industriellsten und bevölkerlichsten Gebiet, zeigen sich die Zerfallstendenzen des Kapitalismus brutaler als anderswo. Hier waren die Auswirkungen der Inflation und Deflation in ihren Reflexen härter. Hier nahm die Radikalisierung der Arbeiter ein überaus Tempo an. Das trieb die einen stark und brutal nach rechts, das ließ hier die sozialistische Partei entstehen, das trieb die anderen nach links und hob die Leute in den radikaleren Phasen an die Spitze der Partei. Die ganze Arbeit dieser Gruppe konzentriert sich nun darauf, der radikalen Einstellung der Arbeiter stimmungsgemäß Rechnung zu tragen, dabei aber jeden wirklichen revolutionären Fortschritt zu verhindern. Wir stehen also schon im Kampfe mit einer Gruppe sozialdemokratischer Führer, die bei fortschreitender Radikalisierung der Arbeiter wahrscheinlich auch im Reichsmasse Bedeutung erlangen kann. Mit dieser speziellen Lage in Sachsen muß der Bezirkstag rechnen, wenn er an eine Verteilung der Lage und Aufgaben herangeht.

Die Verhältnisse zeigen sich wieder härter zu. Die Unterwerfung gegen eine neuen „Nationalisierungsgeselle“ ein Nationalisierung, das heißt in Deutschland nur sehr behaltene Fortschritt der Technik, aber gesteigerte Ausbeutung, Lohnsenkung, Lohnraub, Erwerbslosigkeit. Die Nationalisierung wirkt die weniger qualifizierten Arbeiter in die Reserve, jenseit das Lebensniveau der sogenannten besser-

gestellten Arbeiter, bedeutet eine fortschreitende Entfaltung. Die Nationalisierung, das ist die relative Stabilisierung des Spitzkapitals, die Vernichtung der Klein- und Mittelbetriebe. Die Kapitalisten haben bei diesen Maßnahmen die volle Unterstützung der SPD- und Gewerkschaftsführer. Gerade das Verhalten beim englischen Bergarbeiterstreik zeigte mit aller Deutlichkeit, wie diese Führergruppen stehen. Tausende von Tonnen Kohle wurden mehr gefördert, die Zahl der Arbeiter aber um 25 000 vermindert. Die Gewerkschaften aber unternahmen nichts, weder aus internationaler Solidarität, noch um die Lebenslage des deutschen Proletariats zu heben. Aus den Knochen der deutschen Arbeiter wurde soviel herausgeschunden, daß die Dancesängerin sogar die Einnahme nach dem Wohlstandsindex erzielt. Die Proleten aber schmähten im immer erbitterteren Verhältnissen.

Wag gewiß, es hätte den Appell Silberbergs nicht benötigt; die SPD- und Gewerkschaftsführerschaft tut so schon alles, um den Kapitalisten zu helfen, sie unternimmt nicht das geringste, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben, sie hat nur auf der gleichen Höhe zu halten.

National wie international steht die SPD hinter den Kapitalisten, in Genf läßt Brecht als Vorsitzender einer Kommission der Kapitalisten. Während die Kriegsgesfahren drohender werden, England und Frankreich die russischen Kandidaten zum Kriege treiben, in den Kolonien, auf dem Balkan die Kriege im Gange sind oder ausbrechen, so führen die Sozialdemokraten einseitig die „Linken“ den schamlosesten Betrug an den Arbeitern, fördern die Fiktion und helfen die Arbeiter wieder als Schlachtvieh den Imperialisten auszuliefern.

Die Führerschaft und die Methode kann und wird in der SPD wechseln, ihre Rolle, als Hilfstruppe des Kapitals zu dienen, wird nicht geändert. Das zeigen uns heute schon die Erfahrungen in Sachsen, das wird die Zukunft in erhöhtem Maße zeigen. Der Bezirkstag muß Rückblick und Ausblick halten. Rückblick auf vier Jahre Tätigkeit. Gleich nach Beendigung der Tagung beginnt der Landtags- und dann der Gemeinderatswahlkampf. Die Partei muß die Gelegenheit nutzen, die Massen um ihr Banner zu sammeln, sie von den Illusionen zu befreien, in denen sie zum Teil noch befangen sind. Sie härter und in breiterem Maße zu lösen von den Renegaten und den schwankenden, revolutionären Entscheidungen ausweichender „linker“ SPD-Führer. Klar und deutlich muß unsere Erklärung zum Parlament gereicht werden. Nur wenn wir hier wieder mit aller Deutlichkeit sagen, was wir werden wir den Wahlkampf zu dem machen, was er sein soll: eine außerparlamentarische Mobilisierung der Massen, eine Vorbereitung zum Kampf der Arbeiter, der die Revolution bringt den Arbeitern nicht die Macht, nur die Revolution. Das Parlament ist nur die Tribüne, von der die Gegenjäger widergeplapert ins Land gehen und zur Aufrüttelung der Arbeiter dienen.

Das ist kein Instrument zur Machteroberung sein kann, zeigte 1923. Nur die außerparlamentarische Aktion verhilft dem Proletariat zur Macht. Gerade in Sachsen haben wir die Menge der Lehren und Beispiele. Die sozialdemokratischen Ministerregierungen, die, wie die Ripinski-Regierung, mit „weichlichen Wahrheiten“ regierte. Die Hejlinger-Regierung, die keinen ernsthaften Kampf gegen die Unternehmer wagte, die durch die Reichswehr bartriet wurde. Die sozialdemokratische Ende durch die Reichswehr bartriet wurde. Die sozialdemokratischen Führer üben Betrug, betrachten die Interessen der Kapitalisten, wirken für kapitalistische Ruhe und Ordnung. Sie verhindern den Generalstreik gegen den weißen Terror. Rechne

habe im Einverständnis mit Ebert und Sellmann die Reichswehr nach Sachsen. Ebert, der „linke“ Volksstimmen-Reaktion, betrug die Arbeiter, indem er erklärte, die Reichswehr stehe gegen Bayern, der „linke“ Gruppe würdte den Generalstreik ab, die „linke“ „Leipziger Volksstimme“ laborierte die Proklamation des Protesttreffs. Der „linke“ Fickel übernahm die Regierung aus den Händen des Volkspopulären Generals Müller und übergab sie an Heide. Die Heide-Koalition machte die Staatsbetriebe zu Schrittmacherwerken der Schirmherrscher. So wie die Löhne ab, verlängerte die Arbeitszeit, warf revolutionäre Betriebsräte auf Pfahle. Die Schlichter erfüllten alle Wünsche der Kapitalisten. Die Polizei läßt Bürgerkrieg, prügelt Demonstranten und schlägt Streikbrecher. Die Schule gerät mehr und mehr in die Hände der Pfaffen. Die Gemeindeordnung wurde verschandelt. Und die Linken? Sie vollführten im Parlament bombastische Theater, jedoch nahmen sie keinen ernsthaften Kampf gegen die Reaktion an.

Gerade bei der Gemeindeform verkündeten sie, sie werden auch außerparlamentarisch gegen die Verhinderung kämpfen. Dann aber unternahmen sie nichts. Unsere Aufforderung zum gemeinsamen Kampf lehnten sie ab. Gerade in den Gewerkschaften, wo, wie der vor kurzem gefasste Beschluß der Angehörten zeigt, die Rechten stark dominieren, proklamierten die „Linken“ „Neutralität“. Sie wollen die Gewerkschaften nicht als Kampforgane. Ihre Haltung ist geleitet von der Angst, daß sie die Koalitionsgenossen zu sein. Am 20. April 1926 haben sie sprachlich die „Linken“ für die Koalition mit dem Bürgerturn aus. Sie erklären: „Die Teilnahme an der Regierung muß die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt zum Ziele haben. Sie darf deshalb nur unter Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Interessen der Minderbemittelten erfolgen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat.“ Das ist das deutliche Bekenntnis zur Koalition. Reihige Erklärungen gaben später Sachs, Fickel, Tiefmann in der Presse und im Landtag ab.

Unter Kampf gilt deswegen in schärfster Art der Doppelrolle der „Linken“. Er gilt den Rechten und dem Bürgerturn. Wir müssen zeigen, daß nur die KPD den Massen den Weg zur Befreiung zeigt. Deswegen härtere Arbeit im Wahlkampf für die außerparlamentarische Mobilisierung. Gegen den Kongress der Ausbeuter den Kongress der Werttätigen. Für ihn gilt es zu werden. In Betrieb und Werkstatt, im Hause und unter den Inflation- und Deflationsoffern, das ist die Aufgabe, die gestellt ist. Diese Mobilisierung wird uns auch den Erfolg bei der Wahl sichern. Mit diesen Aufgaben muß sich der Bezirkstag beschäftigen.

Die Durchführung dieser Aufgaben erfordert eine geschlossene arbeitende Partei. Der Bezirkstag wird geschaffen an seine Aufgaben herangehen, er wird sich gegen die Vorkörperungen wenden, wie das bis jetzt die Unterbezirke getan. Er wird eine feste und starke Führung im Bezirk schaffen. Der Bezirkstag wird sich mit der Reorganisation befassen, er wird entscheidende Beschlüsse auch dort zu fassen haben. Aufgabe der Delegierten wird es sein, sich anzuhängen mit diesen Fragen zu beschäftigen. Eine feste Partei, ein entschlossener Kampf, Eroberung der Betriebe, der Gewerkschaften, Erfassung der dreien Massen, Kampf für ein rotes Arbeiter-Sachsen! Das ist die Parole dieses Bezirkstages. Der Delegierten harri ernste Arbeit. Ihre Beschlüsse werden ein Schritt vorwärts im Freiheitskampfe des Proletariats sein. Vorwärts auf der Bahn des Sozialismus! In diesem Sinne begrüßen wir den Bezirksparteitag.

Zerlegung in der GPD

Keine Meinungsverschiedenheiten der Linken mit den Renegaten. — Rechte Heberländer in Freital.

Trotz all der Behauptungen der Linken, daß der Sechsenkonflikt mit dem Ausschluß der 29 sein Ende gefunden habe, ist der Kampf in der SPD noch nicht beendet. Die Altsozialisten betreiben mit Hilfe ihrer noch in der SPD verbliebenen verkappten Anhänger eine planmäßige Zerlegungsarbeit. Die Auseinanderhänger eine planmäßige Zerlegungsarbeit. Die Auseinanderhänger eine planmäßige Zerlegungsarbeit. Die Auseinanderhänger eine planmäßige Zerlegungsarbeit. Die Auseinanderhänger eine planmäßige Zerlegungsarbeit.

wie Linke zusammen für Gewerbesteuer und Grundsteuer. Diese Lasten beweist lediglich, daß die Linke die gleiche Politik treiben wie die Rechten, und die linken Führer versuchen eine grundsätzliche Gegensätzlichkeit zwischen Landes- und Gemeindepolitik zu konstruieren und so die Heberländer im Kampfe zwischen KPD und SPD in den gemeinsamen politischen Fragen zu geben. Die Arbeit dabei ist offensichtlich, man möchte unter den proletarischen Schichten der Mitglieder eine Veröhnungspolitik mit dem Ziele der Wiedervereinigung vorbereiten. Die Altsozialisten haben praktisch in den einzelnen Gemeindeparramenten auch das Heft in der Hand gehabt. Das dürfte wohl auch die Gründe sein, warum die KPD bisher in der Frage eines gesonderten Vorgehens bei den Gemeindevahlen nicht mit aller Offenheit vorgegangen ist. Nachdem sie sich jetzt infolge der erdämlichen und feigen Haltung der Linken stark genug fühlen, glaubt man jetzt den Zeitpunkt für reiner zu halten, aus der Reserve hervorzutreten und dort, wo man es für angebracht hält, mit eigenen Listen der KPD aufzutreten. Das Bekannte werden dieser Arbeit kommentiert die „Chemnitzer Volksstimme“, das Organ der „Linken“ Büchel, wie folgt: